

Wir müssen diese Bürokraten stoppen!

— Die weltweite Opposition gegen das Narmada-Projekt —

'Südasiens' berichtete in den letzten Jahren regelmäßig (z.B. 'Südasiens', Nr. 2-3/1991) über das Riesenstaudammprojekt an der Narmada, seine katastrophalen sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen, aber auch über den wachsenden indischen Widerstand der betroffenen Bevölkerung im Narmada-Tal und indischer Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich in der Narmada-Bachao-Andolan (Bewegung zur Rettung der Narmada) zusammenschlossen haben. Der Widerstand gegen dieses von der Weltbank mitfinanzierte Projekt, das zunächst etwa 300.000 Menschen aus ihrer Heimat vertreiben soll, wächst mittlerweile weltweit. Zwei herausragende internationale Aktivitäten gegen das Projekt waren im die Europa-Rundreise von zwei Vertretern der Narmada-Bachao-Andolan im April und Mai diesen Jahres sowie das 2. Internationale Narmada Symposium in Tokyo Ende Mai. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über diese Aktivitäten sowie Einführung in die Entscheidungslogik von "Entwicklungs"institutionen am Beispiel Narmada.



Baustelle des Sardar Sarovar Staudamm-Projekts am Narmada Fluß (Foto: Axel Krause/Laif)

In der Bundesrepublik ...

Im Dezember 1990 beschlossen verschiedene bundesdeutsche Nicht-Regierungs-Organisationen ihre bisherigen Aktivitäten gegen das Narmada-Staudamm-Projekt zu einer Kampagne unter dem Motto "Rettet die Narmada für die Menschen, die mit ihr leben" zusammenzufassen. Seitdem sind an dieser Kampagne so unterschiedliche Gruppen beteiligt wie der BUND und die BUND Jugend, Brot für die Welt, Food First Information and Action Network (FIAN), die Gesellschaft für bedrohte Völker

(GfbV), das Indienbüro, das Südasiensbüro, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WÖ&E) und die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW), die die Koordination übernommen hat. Ziel der Kampagne ist die Information der bundesdeutschen Bevölkerung über dieses Projekt in der Hoffnung, daß mit Unterstützung der Öffentlichkeit ausreichend Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden kann, damit sie ihre Einwilligung für diesen Weltbankkredit zurückzieht.

... und dann per Schneeball

Da die Betroffenen selber am deutlichsten PolitikerInnen und Beamte über die Folgen des Projektes informieren können, beschlossen wir, zwei Vertreter der Narmada-Bachao-Andolan zu einer Lobbying-Tour einzuladen. Mit einer unerwarteten Eigendynamik entwickelte sich daraus nach dem Schneeballsystem (die schwedische Gruppe wußte von einer finnischen, die gegen das Narmada-Projekt arbeitet, die GfbV Schweiz hatte über ihre deutschen KollegInnen von der geplanten Tour gehört usw.) eine Europa-Tour, die die beiden Andolan-Vertreter Kisan Mehta und Shripad Dharmadhikary von der Bundesrepublik über Schweden, Finnland, Dänemark, England und Holland in die Schweiz (nur noch Kisan Mehta) und wieder zurück in die Bundesrepublik führte. In all diesen Ländern waren Veranstaltungen organisiert worden, fanden Treffen mit interessierten Gruppen und Organisationen statt, wurden Pressekonferenzen abgehalten und eine Reihe von Radio-Interviews gesendet. In Schweden, Finnland und der Bundesrepublik gab es darüber hinaus sehr viele Kontakte zu ParlamentarierInnen aller Parteien und zu Regierungsbeamten, die fast alle die Kritik am Narmada-Projekt nicht nur interessiert aufnahmen, sondern auch versprachen, im Sinne der Andolan aktiv zu werden. Keine leeren Versprechungen, wie sich schon bald herausstellte: zwei Wochen nach dem Besuch in Schweden hatten 128 (von 349) schwedischen Abgeordnete aller Fraktionen einen kritischen Brief an die Weltbank unterschrieben, in dem eine Aussetzung des Kredits bis zur Klärung der Umsiedlungsfrage gefordert wird. Einen ähnlichen Brief wollen auch die finnischen Abgeordneten schreiben; bereits im letzten Jahr hatten 150 ParlamentarierInnen des alten finnischen Parlaments kritisch bei der Weltbank angefragt. In der Bundesrepublik haben Abgeordnete der FDP, der SPD und von Bündnis 90 das Thema aufgenommen und - nach einer kleinen Anfrage der SPD im April - eine Aktuelle Stunde des Bundestages genutzt, um die deutsche Regierung in dieser Frage unter Druck zu setzen (siehe Kasten).

Selbst in deutschen Ministerien ...

Auffallend war, wie unzureichend Regierungsvertreter über das Projekt informiert waren. So schien z.B. Staatssekretär Repnik, der sich im letzten Jahr bei einer Indienreise persönlich über das Narmada-Projekt informiert hatte, von einigen Kritikpunkten beeindruckt und versprach, seine Beamten dazu zu befragen. Es waren vor allem 2 Aspekte, die ihm zu denken gaben. In Indien hatte er den Eindruck gewonnen, daß der Bau des Sardar-Sarovar-Dammes kurz vor der Fertigstellung stehe. Heute, so ist Herr Repnik sicher, würden solche Großprojekte nicht mehr geplant und auch nicht mehr von der Weltbank finanziert. Aber man könne schließlich keine fast fertige Bauruine hinterlassen. Nach Kisan Mehta sind bisher jedoch erst 8-10 Prozent des Projektes fertiggestellt.

Auch die Tatsache, daß das Projekt nur zu 1 Prozent(!) für die Trinkwasserversorgung genutzt werden soll, überraschte ihn, "verkaufen" die Beamten seines Ministeriums dieses Projekt doch als "Voraussetzung für

die Trinkwasserversorgung von 30 Millionen Menschen am Anfang des nächsten Jahrhunderts" - eine schlicht unhaltbare Behauptung. Während man in diesem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Indienreferat an der weiteren finanziellen Unterstützung des Sardar-Sarovar-Dammes festhalten will, ist man mittlerweile aber nicht mehr bereit, der Finanzierung des nächsten Damms innerhalb des Narmada-Projektes zuzustimmen. Die ständige öffentliche Kritik an dem Projekt scheint ihnen langsam auf die Nerven zu gehen...

Symposium in Tokyo

USA (17 Prozent), Japan (12 Prozent), Bundesrepublik (7 Prozent; alle Angaben von 1989). Das sind die Länder mit dem höchsten Stimmanteil in der Weltbank; die westeuropäischen Länder zusammen verfügen über mehr als 21 Prozent. Wenn man die Weltbank selber nicht zu einer Abkehr von diesem Projekt bewegen kann - mittlerweile scheint sie sogar nicht einmal mehr zu einem Dialog mit den KritikerInnen bereit - muß man es eben über Druck auf die einzelnen nationalen Regierungen versuchen. Das war die einhellige Meinung der internationalen VertreterInnen, die sich aus Anlaß des 2. Internationalen Narmada-Symposiums in Tokyo Ende Mai trafen.

In der Regel kosten internationale Konferenzen mehr Zeit, Energie und Geld, als das Ergebnis zu rechtfertigen scheint. Dieses Symposium zählt zu den Ausnahmen, der Aufwand - vor allem der einladenden Organisation "Friends of the Earth Japan" - hat sich gelohnt. Das anschließende Lobbying bei japanischen Ministerien und Parlamentariern und vor allem die Möglichkeit des direkten internationalen Austausches in der (spärlichen) übrigen Zeit haben wir alle genossen. Wir, das waren Yukio Tanaka (Friends of the Earth Japan) und Prof. Sumi aus Tokyo, Smitu Kotari (Lokayan) und Shripad Dharmadhikary (Narmada Bachao Andolan) aus Indien, Lori Udall (Environment Defense Fund) aus Washington, Grainne Ryder (Probe International) aus Kanada und Bruni Weißen (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt) aus Berlin. Wir selber fanden diese Demonstration weltweiter Opposition gegen das Narmada-Projekt allein durch unsere physische Präsenz ja schon beeindruckend, wieweit sie wirklich etwas bewirkt hat bei den Beamten, die wir in den Tagen nach dem Symposium besuchten, kann leider hier noch nicht gesagt werden.

Bürokraten sind weltweit gleich

Insgesamt war nicht nur mein Eindruck von den Beamten eine Bestätigung des geläufigen Vorurteils: Je einflußreicher sie sind, desto weniger interessieren sie die Menschen, die von ihren Entscheidungen betroffen sind, desto zynischer ihr Umgang mit Einwänden und desto größer ihre Inkompetenz. Auch wenn wir alle diese Vorurteile (Urteile?) durch eigene Erfahrungen in unseren Ländern kannten, haben uns diese Verhaltensweisen nicht minder aufgeregt. Immer wieder konnten wir Vergleiche ziehen zu "unseren" jeweiligen Bürokraten. Das Gesamtbild, zusammengestellt am Bei-



Nedha Patkar (32), Organisatorin des Widerstandes (Foto: Axel Krause/Laif)

spiel Narmada, ist erschreckend. Deshalb soll es hier als Reflexion über unsere Erfahrungen dargestellt werden.

Dialogbereitschaft?

"Nichts bedeuten wir ihnen. Unsere Kritik ist denen ganz egal. Sie halten es nicht mal für nötig, mit uns zu reden. Schicken stattdessen einen drittklassigen Beamten, der erst seit drei Monaten eingestellt ist und aus Papieren von 1983 (!) zitiert. Das ist einfach unerhört, unglaublich ist das. Dabei werden wir die Konsequenzen tragen müssen und nicht dieser Direktor!" Anlaß für diesen wütenden Ausbruch Shripads war der Besuch beim japanischen Finanzministerium, weisungsbehaftet für den japanischen Exekutivdirektor der Weltbank. Der Direktor des Ministeriums, mit dem wir eigentlich verabredet waren, hatte sich von eben diesem "drittklassigen Beamten" vertreten lassen, er habe kurzfristig einen anderen Termin. An diesem Tag schrieben wir den zweiten deutlichen Beschwerdebrief. Der erste war an die Weltbank gegangen, die ihren Vertreter trotz seiner anfänglichen Zusage zur Teilnahme einen Tag vor dem Symposium zurückgepfiffen hatte. Die Dialogbereitschaft der Mächtigen hat Grenzen und die scheinen im Falle Narmada enger zu werden.

Noch einmal an diesem Tag haben wir uns aufgeregt (zumindest wir haben noch Emotionen): ein eklatanter Fall von Inkompetenz war Anlaß, unsere jeweils nation-

alen Erfahrungen zusammenzutragen. Das Ergebnis war - obschon nicht anders erwartet - niederschmetternd. Die Männer (es sind fast nur Männer), die über das Schicksal von 300.000 Menschen entscheiden, weil sie mit ihrer Unterschrift oder Anweisung den Kredit für das Projekt bewilligen, kennen oft nicht einmal das, was in den Berichten ihrer eigenen Behörde steht; seien es die nationalen Exekutivdirektoren der Weltbank, denen sogar weltbankeigene Studien vorenthalten werden, oder die Entscheidungsträger in den europäischen, japanischen oder US-amerikanischen Ministerien.

Das ganze ist mehr ...

Darüberhinaus scheint es in den gesamten Hierarchien weltweit niemanden zu geben, der dieses Projekt in allen seinen Fakten oder gar Konsequenzen überblickt. Das liegt zum einen sicherlich daran, daß das gesamte Projekt viel zu gigantisch ist, als daß ein einzelner das leisten könnte. Es liegt aber auch daran, daß international die Bürokratien nicht nur hierarchisch, sondern auch horizontal nach Sachgebieten gegliedert sind. Da beschäftigt sich die eine Abteilung mit den finanziellen Aspekten und prüft, ob richtig gerechnet wurde - nicht aber, ob die den Berechnungen zugrundeliegenden Fakten stimmen. Eine andere Abteilung untersucht die technischen Aspekte des Projektes - nicht aber, welche Auswirkungen diese Technik auf die Umwelt hat. Jede Abteilung, jeder Beamte hat sein kleines Sachgebiet. Für alle anderen Fragen sind Kollegen

Anfragen von MdB

MdB Hans Wallow (SPD): Schriftliche Frage an die Bundesregierung

"Hat die Bundesregierung - insbesondere vor dem Hintergrund ihrer an der Armutsbekämpfung orientierten Entwicklungszusammenarbeit - geprüft, wieviele Kleinbauern im Gebiet des Sardar-Sarovar-Dammes keine Entschädigung für verlorenes Land erhalten, wenn die von der Weltbank angegebene Entschädigungs-Untergrenze (ab 2 Hektar Landverlust durch die Bauarbeiten) in Kraft gesetzt wird, die nicht berücksichtigt, daß in Indien zahlreiche bäuerliche Betriebe weniger als 2 Hektar Land besitzen? Wenn ja, wieviel Hektar Landverlust würde nicht entschädigt?" (Bonn, den 6.6.1991)

Dr. MdB Liesl Hartenstein (SPD): Mündliche Frage an die Bundesregierung

"1. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die jüngsten Überprüfungen der Wirtschaftlichkeit des Sardar-Sarovar-Projektes durch die Weltbank (vgl. BT-Drs. 12/596) eine fundierte und unzweifelhaft positive Aussage über die Wirtschaftlichkeit (Mind. 12 Prozent auf das eingesetzte Kapital) ergeben, oder ist nach Ansicht der Bundesregierung eine neue, umfassende Überprüfung des Projektes geboten unter Einbeziehung des aktuellen Sachstands, wie z.B. der Nichtrealisierung des zweiten Großstaudamms, der die Kapazitätsauslastung sicherstellen sollte, oder der Stornierung des bilateralen japanischen Kredits und der insgesamt umstrittenen Gesamtkosten des Projekts?" (Bonn, den 6.6.1991)

"2. Wie erklärt die Bundesregierung ihre Aussage (Drs. 12/596), der Sardar-Sarovar-Staudamm solle in erster Linie der Trinkwasserversorgung für 30 Millionen Menschen dienen, in Anbetracht der Tatsache, daß nach der Projektplanung lediglich 1 Prozent des Stauwassers für Trinkwasserzwecke vorgesehen sind und davon wieder ein Teil für industrielle Zwecke abgezweigt wird?" (Bonn, den 6.6.1991)

MdB Konrad Weiß (Bündnis 90):

Mündliche Frage an die Bundesregierung in der Woche vom 10.6.91 - 14.6.91

"1. Wird die Bundesregierung in der Weltbank für einen Stopp der Finanzierung des Sardar-Sarovar-Projekts (Narmada-Tal) eintreten, wenn die indische Regierung nicht zum 30.6.91, entsprechend ihren Verpflichtungen aus dem Kreditabkommen mit der Weltbank, endlich Pläne zu Umwelt- und Umsiedlungsmaßnahmen vorlegt, oder ist sie der Ansicht, daß das Weltbankdirektorium in diesem Fall weiter die Verletzung von Weltbankrichtlinien dulden soll?"

2. Auf Grund welcher überprüften Informationen zum technischen Fertigungsgrad und den bisher verausgabten Projektmitteln (auch als Prozentsatz der Gesamtsumme) geht der parlamentarische Staatssekretär Repnik davon aus, daß das Projekt für eine Aufgabe viel zu weit fortgeschritten sei (Mitteilung der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. über ein Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär Repnik), während Kisan Mehta, ein regionalkundiger Fachexperte, von einem Fertigungsgrad von 8 bis 10 Prozent ausgeht?"

Zusatzfrage (Konrad Weiß)

"1. Wie ist es zu erklären, daß die Bundesregierung keine Zustimmung für die Finanzierung eines zweiten Großstaudamms im Narmada-Tal (Narmada-Indira-Sagar-Staudamm) geben will, obwohl der Sardar-Sarovar-Damm entsprechend der ursprünglichen Projektplanung nur dann seine volle Kapazität in Bezug auf Energiegewinnung und Bewässerung entfalten kann, wenn der zweite Damm gebaut wird?"

Frau MdB Ingrid Walz (FDP)

(Die mündliche Anfrage von Frau Walz hat uns leider vor Redaktionsschluß nicht mehr erreicht.)

zuständig, die dieser Beamte vielleicht nicht einmal dem Namen nach kennt. Nur: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile; alle Prüfungen oder Berichte zusammen ergeben eben nicht das Gesamtprojekt und seine Auswirkungen. Das ist ein Ansatzpunkt für uns als Opposition.

Weitere Punkte kamen zusammen:

- Es gibt keinerlei demokratische Kontrolle für die Entscheidungen der Weltbank, die immerhin mit Steuergeldern operiert.

- Weltweit sind es nicht gewählte PolitikerInnen, die über das Verhalten ihres Landes in der Weltbank entscheiden. Die realen Entscheidungen treffen Beamte und Angestellten, von deren Informationen die Politi-

kerInnen abhängig sind. Generell hatten wir nicht den Eindruck, daß die Bürokraten sich der damit verbundenen Verantwortung stellen. Formal entscheidet schließlich ihr Chef.

- Die Informationen, die diesen Beamten vorliegen, stammen fast alle aus der Feder der Weltbank und die zugrundeliegenden Quellen kommen weitgehend von der indischen Regierung bzw. einer der beteiligten Länderregierungen.

Interpretation der Fakten

Vor allem den letzten Punkt muß man sich konkret vorstellen. Die Weltbank führt zwar zum Narmada-Projekt eigene Studien durch und hat auch ständig drei Institute in Indien mit der Evaluierung des Projektes

beauftragt, aber die Hauptquelle für solche Studien sind die Berichte und Angaben der Regierung(en) in Indien. Solche eigenen Studien sind - mit wenigen Ausnahmen - keine "Feldforschungen", die wären in den höchstens drei Monate dauernden Untersuchungen kaum machbar. Vielmehr sind im größten Hotel Bombays ständig Zimmer reserviert für Studienbeauftragte der Weltbank. Dort in Bombay können sie in Ruhe die indischen Projektunterlagen und Berichte studieren, weitere Unterlagen anfordern, mit Vertretern der Regierung sprechen - und dann ihren Untersuchungsbericht schreiben. In der Regel machen sie natürlich auch einen kleinen Ausflug zur Dammbaustelle, begleitet von Vertretern der Regierung und der Dammbaugesellschaft, die alle Fragen beantworten.

Fragen, die gar nicht erst gestellt werden, werden natürlich nicht berücksichtigt. Und davon gibt es eine Unmenge, z.B.:

- Was geschieht mit den Menschen, die indirekt Opfer des Projektes sind, weil sie Aufforstungsmaßnahmen (als "Ersatz" für den vom Staudamm überfluteten Wald) weichen müssen oder ihr Land, für das sie keine Besitzurkunde haben, zur Ansiedlung von Staudamm-Vertriebenen verwendet werden soll?
- Wieweit kann das zur zusätzlichen Bewässerung vorgesehene Land überhaupt bewässert werden? (Kritiker sagen, daß die "scharze Erde" versumpfen und damit für jede Bebauung untauglich wird) - Wie hoch sind die realen wirtschaftlichen Verluste durch die Überschwemmung der Wälder und Äcker?
- Wie könnten Alternativen zum Großstaudamm aussehen? Vor allem diese letzte Frage scheint sich bisher noch keiner der Untersuchungsleiter oder Entscheidungsträger gestellt zu haben.

Die aus den Studien resultierenden Berichte landen bei der Weltbank und werden dort - nein, nicht veröffentlicht, nicht einmal allen zugänglich gemacht, die über dieses Projekt entscheiden - sie werden dort in ihren Hauptaussagen zusammengefaßt. Die schwere Aufgabe zu entscheiden, was an einem solchen Bericht wichtig ist und wie einzelne Ergebnisse zu bewerten sind, diese schwere Aufgabe obliegt den zuständigen Angestellten der Weltbank. Dabei kann es passieren - und es ist passiert -, daß z.B. die sehr kritischen Einwände des Weltbank-Experten Prof. Scudder ("Ich bin der Meinung, daß sich die Weltbank vom Sardar-Sarovar-Projekt zurückziehen sollte.") einfach unter den Tisch fallen; daß die sehr kritischen Äußerungen des indischen Beauftragten für die Belange niederer Kasten und Ureinwohner (Commissioner for schedule castes und tribes) keinerlei Erwähnung finden; daß das Auslaufen der vorläufigen Baugenehmigung durch das indische Umweltministerium unerwähnt bleibt; daß andererseits Absichtserklärungen der Regierung(en) als "Fort-schritte" zusammengefaßt werden, die bisherige Bedenken zerstreuen könnten; oder daß sich der Ankauf von einigen Hundert Hektar Land durch die Regierung als

"große Anstrengungen und Fortschritte im Bereich der Umsiedlungen" wiederfinden.

Dieser Art der Zusammenfassung von Einzelstudien bedient sich auch die indische Regierung bzw. die Regierungen der drei beteiligten Bundesstaaten. Manchmal wundert man sich, wenn man das Glück hat, eine Einzelstudie lesen zu können, was daraus in den offiziellen Berichten geworden ist, manchmal beschleicht einen das unangenehme Gefühl, daß in diesen offiziellen Berichten schlicht gelogen wird: im Interesse einer Durchführung des Projektes, im Interesse, diesen Kredit auch weiterhin zu erhalten bzw. auszahlen zu können.

Das fatale an diesen offiziellen Berichten ist, daß sie allen weiteren Entscheidungsträgern und Anfragen als Grundlage dienen. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Die deutsche Abgeordnete A.B. stellt eine Anfrage an die Bundesregierung zum Problem XY im Rahmen des Narmada-Projektes. Diese Anfrage geht auf direktem Weg in das zuständige Indienreferat des BMZ. Der Beamte im BMZ sucht eine Antwort auf diese Frage in den ihm zur Verfügung stehenden Weltbank-Berichten oder er leitet die Frage weiter an die Weltbank. Die Weltbank sucht eine Antwort auf die Frage in den ihr



(Foto: Bruni Weißen)

Kisan Mehta (rechts) im Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär H.P. Repnik

zur Verfügung stehenden offiziellen Berichten aus Indien oder leitet sie weiter an die indische Regierung bzw. direkt an die Staudamm-Gesellschaft. Egal, wo eine Antwort auf die Frage der Abgeordneten A.B. gefunden wird: Die Quelle dieser Antwort ist entweder ein offizieller Bericht aus Indien oder ein offizieller Bericht der Weltbank, angereichert durch die Interpretation des BMZ.

"Wir glauben nicht mehr, was die Weltbank sagt ..."

Die einzige Regierung, die bisher aus diesem Teufelskreis der Interessenvertretung zum Teil ausgestiegen ist, ist die japanische: 1990 diskutierte das Entwicklungsministerium - zuständig für bilaterale Entwick-

lungshilfe-Kredite - über einen japanischen Kredit zur Anschaffung der Turbinen für den Sardar-Sarovar-Damm (die natürlich von einer japanischen Firma geliefert werden). Zum gleichen Zeitpunkt veranstaltete Friends of the Earth Japan eine große öffentliche Kampagne gegen eine Finanzierung des Narmada-Projektes. Das Entwicklungsministerium wurde aufmerksam, schickte eigene Experten zu einer Untersuchung an die Narmada - und setzte den geplanten Kredit aus. Der Direktor dieses Ministeriums dazu wörtlich: "Wir glauben nicht mehr übersehen alles, was die Weltbank sagt. Wir überprüfen lieber mit unseren eigenen Experten." Die

Zurückstellung des bilateralen Kredits hatte allerdings nicht den Effekt, daß auch die japanische Unterstützung für das Narmada-Projekt im Rahmen der Weltbank zurückgezogen wurde. Denn, und hier greift die oben beschriebene Abgrenzung in Sach- (und Kompetenz-)bereiche: für das japanische Votum in der Weltbank ist der Finanzminister entscheidend. Und auf das mächtige japanische Finanzministerium hat auch der Entwicklungsminister keinen Einfluß... Wie sich die Verhältnisse gleichen!

Bruni Weiben

Materialien

Folgendes Material zum Narmada-Projekt kann bei der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61 auch in größeren Mengen zum Auslegen etc. angefordert werden:

- * 6-seitiges Informationsblatt (kostenlos)
- * vorgedruckte Protestpostkarten (kostenlos)
- * DIA A 3 Plakat (kostenlos)
- * Kisan Mehta: A Mega-Project for Disaster (30 S., Kopie 4,50 DM)
- * Shripad Dharmadhikary: A valley refuses to die (8 S., Kopie 1,20 DM)

- * Presseinformationen (in deutsch, Kopie 4,50 DM)
- * Gesamtpaket Narmada (Kopien 10,- DM plus 3,50 DM Porto)
- * K.P. Sasi: A valley refuses to die (VHS-Video, englisch, ca. 45 min., Leihgebühr 2 Wochen 15,-DM)
- * Y. Tanaka: The Long March (VHS-Video, englisch, 32 min., Leihgebühr 2 Wochen 15,- DM; Kaufpreis 50,-DM)
- * ab September: Diaserie mit ca. 35 Dias (Leihgebühr 10,-DM)

(Bitte möglichst Kopierkosten, plus 2,50 DM für Versand, in Briefmarken der Bestellung beilegen.)

NICHT DER REDE WERT 3. TEIL

Das Recht auf Schutz vor Ausbeutung

Wenn es einem Mann gelingt, seiner Frau bezahlte Arbeit zu verbieten, so bedeutet das noch lange nicht, daß sie nicht schwer arbeiten würde. Im Haus muß sie endlose unbezahlte Arbeiten verrichten - ohne Hoffnung auf ein Entrinnen. An eine rechtliche Hilfe ist nicht zu denken, da all dies als ihre natürliche Pflicht betrachtet wird. 'Natürlich' an der Hausarbeit ist jedoch gar nichts, denn ein Mann verlangt für dieselben Arbeiten auswärts sehr wohl seinen Lohn. Zuhause wäre es für ihn unter seiner Würde, das Joli (Sariblu-se) der Ehefrau zu nähen. Auf dem Marktplatz als Joli-Schneider zu arbeiten ist dagegen etwas ganz anderes. Desgleichen würde die Aufforderung, zuhause zu kochen oder gar Essen zu servieren, als schiere Beleidigung empfunden, während der bezahlte Job als Koch oder Kellner der männlichen Würde offenbar keinerlei Abbruch tut.

Weil Hausarbeit nicht entlohnt wird, wird der Frau das Gefühl von Abhängigkeit vom Mann vermittelt. Dies, obwohl die Hausarbeit meist entscheidend zum Überleben aller Familienmitglieder beiträgt. Die Gesellschaft fährt fort, Hausfrauen als Frauen zu betrachten, die zuhause sitzen und nichts tun. In der neuesten Volkszählung von 1990 wurde Hausarbeit und Landarbeit von

Frauen auf Feldern der Familie weder taxiert noch aufgenommen! Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß auch die Regierung nicht gewillt ist, die Ausbeutung von Frauen anzuerkennen. Hausarbeit, Kinderpflege und soziale Isolation werden demzufolge für Frauen als natürlich und unausweichlich hingestellt.

Vereine und Gewerkschaften

Der geschilderte patriarchale, patrilineare Familienalltag verhindert auf eine effiziente Art und Weise, daß Frauen sich zusammenschließen und sich organisieren. Das formale, verfassungsmäßig garantierte Recht allein auf die Möglichkeit der Organisation wird dabei für die Mehrheit der indischen Frauen irrelevant. Unabhängige Verbindungen zu bilden ist für viele Frauen undenkbar. Ein wichtiger Schlüssel dazu liegt in der Isolation, die der heiratsbedingte Wechsel ins Haus und meist ein anderes Dorf oder zumindest Quartier der Schwiegerfamilie mit sich bringt. Dabei findet nicht nur ein Abbruch aller bisherigen Kontakte statt, sondern die 'neue' Frau wird zusätzlich eingeschränkt. Sogar Besuche bei den eigenen Eltern werden häufig verboten. Die Frau hat somit nach der Heirat oft kaum die Möglichkeit, sich an jemand zu wenden, jemand um Hilfe zu bitten - von einer Basis für politisches